

Alle Bunker ausgeräumt oder abgerissen, Sirenen gibt es auch nicht mehr: Auf Angriffe ist Hannover heute nicht mehr vorbereitet. Wegen des Ukraine-Krieges soll jedoch der Zivilschutz wiederbelebt werden. Doch ist das überhaupt realistisch? So versuchte Hannover im Kalten Krieg, das Schlimmste abzuwenden – manche Maßnahmen wirkten geradezu grotesk.



Früher und heute – hilflos im Ernstfall

VON CHRISTIAN BOHNENKAMP

HANNOVER. Einmal kurz, zweimal lang – und das in Dauerschleife. So klingt der atomare Ernstfall. Ein Warnsignal, das keiner mehr kennt und das an vielen Orten in Deutschland gar nicht mehr ausgespielt werden könnte. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden nach 1990 überall in der Republik Sirenen demontiert, Bunker geschlossen und abgerissen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat das Land unvorbereitet getroffen und nun in Sachen Zivilschutz hektische Betriebsamkeit ausgelöst.

Der Bund hat angekündigt, sämtliche noch vorhandenen Bunker inspizieren zu wollen, um herauszufinden, welche sich davon überhaupt noch für den Fall eines Angriffs ertüchtigen ließen. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius will 40 Millionen Euro extra für den Zivil- und Katastrophenschutz ausgeben. Handlungsbedarf sieht auch eine Mehrheit der Bürger. Bei einer aktuellen Forsa-Umfrage in Niedersachsen gaben 80 Prozent an, dass das Land nicht genug für den Zivilschutz der Bevölkerung tue. 82 Prozent wünschen sich den Wiederaufbau eines flächendeckenden Sirennennetzes.

In Hannover gibt es aktuell keine einzige funktionierende Sirene. Beim Schutz vor Luftangriffen sieht es nicht besser aus. „In Hannover gibt es keine öffentlichen Schutzbauten mehr“, sagt Feuerwehrsprecher Martin Hamann. Die meisten seien bereits 2011/2012 aus dem Zivilschutz entlassen, Technik und Gerät ausgeräumt und deinstalliert worden. Zuletzt im vergangenen Jahr im Bunker unter dem Hauptbahnhof.

„Es müsste wahnsinnig viel Geld investiert werden, um die Bunker, die überhaupt noch übriggeblieben sind, wieder instandzusetzen“, sagt Lars Knauer vom Verein „Vorbei e.V.“, der in einem ehemaligen Atombunker an der Torstenssonstraße in Oberricklingen ein Museum eingerichtet hat. Hinter den 2,50 Meter dicken Wänden lässt sich zumindest erahnen, wie sich der Ernstfall angefühlt hätte. Platz war in dem Stahlbetonbau für bis zu 2400 Menschen. Zwei Drittel hätten sitzen müssen, für ein Drittel gab es Betten. Schlafen im Schichtbetrieb. „Die Betten wären niemals kalt geworden“, erklärt Knauer.

Dank autarker Strom-, Wasser- und Lebensmittelversorgung sollten die Menschen bis zu 14 Tage in dem Bunker ausharren können, während draußen die nukleare Hölle tobte. Der ehemalige Bau aus dem Zweiten Weltkrieg war in den 1960er-Jahren aufwendig umgebaut und mit moderner Filtertechnik und einer Eingangsschleuse versehen worden. Das sollte die Strahlung draußen halten.

Ein Schutz „sei möglich“, wenn die Atombombe in einer gewissen Entfernung falle und sich die Bevölkerung richtig verhalte, verkündete Oberstadtdirektor Karl Wiechert 1962 im Verwaltungsaus-



DICHT AN DICHT: In Hannovers Atombunkern sollten die Menschen im Schichtbetrieb schlafen.
Foto: Rainer Dröse



MIT ALLEM DRUM UND DRAN: Auch die Kücheneinrichtung ist im Museumsbunker noch vorhanden.
Foto: Tim Schaarschmidt



STEHT NOCH: Der Atombunker an der Torstenssonstraße. Heute ist er ein Museum.
Foto: Rainer Dröse

schuss des Rates. Zwar sei das Thema „unbehaglich“. Gleichwohl forderte er, dass „an die Fragen des Luftschutzes mit der größten Nüchternheit und mit Realismus“ herangegangen werden müsse.

Die Realität eines Nuklearangriffs wäre jedoch fürchterlich gewesen. Bereits 1957 hatte sich die Technische Hochschule Hannover mit den Folgen des Abwurfs einer Atombombe am Kröpcke befasst – mit der 100-fachen Wirkung der Hiroshima-Bombe. Die Studie kam zu dem Schluss, dass es in einem Radius von 1,5 Kilometern um diesen Punkt zu einer vollständigen Zerstörung gekommen wäre, noch bis zu einem Radius von 3,2 Kilometern hätte es schwerste Zerstörungen mit einsturzgefährdeten Häusern gegeben.

320.000 von damals 530.000 Einwohnern hätten ihre Wohnung innerhalb dieser beiden besonders schwer getroffenen Kreise gehabt. Zudem wären 75 Prozent der

Krankenhausbetten betroffen gewesen. Die Folgen der Strahlung waren dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Angesichts solcher Verheerungen erscheinen Broschüren des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz geradezu grotesk, die auch an Haushalte in Hannover verteilt wurden. „Jeder hat eine Chance“ war eine davon betitelt.

Darin gab es Tipps, wie sich die Bürger für einen Atomangriff einen behelfsmäßigen Schutzraum einrichten können. „Decke und Wände möglichst nach allen Seiten abstützen und verstärken“, außerdem „Fenster vernageln und zum Splitterschutz außen Sandsäcke anlegen oder Erde anschütten“, heißt es in der Broschüre. Außerdem schlugen die Verfasser vor, „Retungswege zu den Nachbarhäusern anzulegen. Hierzu müssen die Kellerwände durchbrochen werden.“

Für den Fall, dass man im Freien von einer Atombombe überrascht werden sollte, riet

die Broschüre: „Deckung nehmen, nicht weiterlaufen! Von der Lichterscheinung abwenden und die Augen schließen!“ Bilder zeigten dazu, dass man sich eine Aktentasche über den Kopf halten solle.

Bei vielen Bürgern rief das nur Hohn hervor. „Wollen Sie mit der Atomrakete mit der Aktentasche über dem Kopf um die Wette laufen?“, hieß es in einem Flugblatt, das Mitte der 1960er-Jahre bei Protesten am Bunker in Herrenhausen verteilt wurde.

Hannover war allerdings selbst in der Hochphase des Kalten Krieges nie ausreichend vorbereitet auf den Ernstfall. Lars Knauer vom Bunkermuseum hat ernüchternde Zahlen parat. In den 35 öffentlichen Zivilschutzanlagen, die Hannover 1990 hatte, habe es 38.680 Plätze gegeben. „Das entspricht einem Anteil der Bevölkerung von 7,54 Prozent“, berichtet Knauer. In den vier echten Atombunkern – in der Torstenssonstraße, unter dem Hauptbahnhof, in der Tiefgarage unter dem Opernplatz sowie an der Herrenhäuser Straße – wären sogar nur 9100 Menschen untergekommen, 1,77 Prozent der Hannoveraner damals.

Knauer glaubt nicht, dass es in kurzer Zeit gelingen kann, den Zivilschutz in Deutschland wieder aufzubauen. „Es reicht ja nicht, dass man Bunker hat. Man braucht auch Menschen, die sich damit auskennen. Früher gab es eine richtige Ausbildung für den Zivilschutz“. Er wolle jedenfalls nicht im Falle eines Angriffs am Eingang regeln müssen, wer in den Bunker dürfe und wer draußen bleiben müsse.

Laut Feuerwehrsprecher Hamann gibt es trotz Putins Angriff aktuell keine Vorbereitungen auf einen solchen Ernstfall in Hannover. Das sei „Sache des Bundes“. Die im Kalten Krieg mit hohem personellen und organisatorischen Aufwand betriebenen vorbereitenden Planungen für einen Spannungs- oder Verteidigungsfall seien aufgegeben oder ausgesetzt worden. In Hannover gebe es aus dieser Zeit noch rund 160 Notbrunnen, die bei einem Zusammenbruch der Infrastruktur die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte sicherstellen müssten.

Sirenen sollen allerdings zurückkommen. Das hat die

Politik bereits vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine beschlossen. 80 Stück soll es geben, für rund 2,4 Millionen Euro. Die Feuerwehr rechnet damit, dass es drei bis fünf Jahre dauert, diese zu installieren.



ZIVILSCHUTZEXPERTE: Lars Knauer engagiert sich für den Erhalt des Museumsbunkers.
Foto: Rainer Dröse



„Die Betten wären niemals kalt geworden.“

LARS KNAUER
vom Verein „Vorbei e.V.“ zum Schlafen im Schichtbetrieb in dem Atombunker an der Torstenssonstraße.